

# Nervosität nach Entführung

Die Behörden reagieren auf die Entführung von Impfcamp-Chef Christoph Berger. Schon länger werden Corona-Exponenten polizeilich bewacht

Andrea Kučera, Mirko Plüss

Als Folge der Entführung von Christoph Berger, dem Präsidenten der Eidgenössischen Impfkommmission, ist die Nervosität bei den Behörden gestiegen. Wie die «NZZ am Sonntag» erfahren hat, erhalten bekannte Schweizer Corona-Exponenten in diesen Tagen neue Verhaltensinstruktionen durch die Polizei. Ob konkrete Hinweise auf weitere drohende Straftaten vorliegen, ist indes nicht bekannt. Die für den Fall zuständige Kantonspolizei Zürich macht zum Fall keine Angaben.

Publik gemacht haben den Entführungsfall am Freitagabend die Tamedia-Zeitungen. Wegen einer superprovisorischen Verfügung des Bezirksgerichts Zürich mussten sie Bergers Namen allerdings nach kurzer Zeit wieder aus der Berichterstattung entfernen. Gegen die «NZZ am Sonntag» liegt keine solche Verfügung vor. Die Redaktion hat sich für die Nennung des Namens entschieden, weil nur so die politische Dimension des Falles verständlich wird.

Die Hintergründe der Entführung sind noch unklar. Bekannt ist, dass Berger am Donnerstag vor einer Woche von einem mutmasslichen Gegner der Corona-Massnahmen entführt wurde und nach wenigen Stunden wieder freikam. Der Entführer wurde bei einem späteren Polizeieinsatz in Wallisellen getötet. Christoph Berger selber äussert sich gegenüber den Medien nicht.

## Heisse Phase im Herbst

Einer, der im Rahmen der Corona-Politik ebenfalls oft im Scheinwerferlicht steht, ist der oberste Kantonsarzt Rudolf Hauri. Er wurde von den Behörden direkt über den Entführungsfall informiert, wie er auf Anfrage sagt. Die Geschehnisse seien die Kulmination einer schon länger anhaltenden Bedrohung. «Beschimpfungen und auch sehr konkrete Gewaltandrohungen werden seit zwei Jahren an Corona-Exponenten wie hohe Bundesbeamte, Regierungsräte oder Task-Force-Mitglieder gerichtet», bestätigt Hauri.



Der mutmassliche Entführer von Christoph Berger wurde erschossen: Polizeieinsatz in Wallisellen.

Für die Betroffenen stehe ein engmaschiges Bedrohungsmanagement zur Verfügung, welches durch die Polizeibehörden koordiniert werde. Unter anderem würden einzelne exponierte Personen polizeilich überwacht. Um die polizeiliche Strategie nicht zu gefährden, macht Hauri keine detaillierteren Angaben.

Exponenten der Schweizer Corona-Politik zeigen sich auf Anfrage erschüttert über die Entführung. Albert Röstli, Präsident der Gesundheitskommission des Nationalrats, sagt: «Egal aus welchen Motiven – eine solche Gewalttat ist in aller Form zu verurteilen.» Dass es ausgerechnet den Präsidenten der Impfkommmission getroffen habe, sei bezeichnend, sagt eine Person, die namentlich nicht genannt werden will. Denn die Impffrage habe in den letzten zwei Jahren neben der Maskenfrage wohl am meisten Hass gegenüber Politikern und Expertinnen ausgelöst: «Wenn man

sich zur Covid-Impfung äusserte, dann war das Postfach danach voll mit aggressiven Drohungen.»

Die Bedrohungslage habe in den letzten zwei Jahren stark geschwankt, sagt die Person weiter. «Am heftigsten war es jeweils, wenn die Fallzahlen hoch und die Massnahmen streng waren.» Die «heissesten Phasen» seien der Herbst 2020 und die Phase rund um die Abstimmung über das Covid-Gesetz und das Impfzertifikat im Herbst 2021 gewesen: «Da gab es eine Vielzahl an sehr konkreten Drohungen.»

Dazu passt, dass der Walliser SP-Gesundheitsminister Mathias Reynard Morddrohungen erhalten hat, nachdem er sich im letzten Oktober am Westschweizer Fernsehen für ein Ja zum Covid-Gesetz ausgesprochen hatte. Bekannt ist weiter der Angriff auf Natalie Rickli: Bei der Einweihung eines Impfbusses in Gossau letzten Sommer übergoss ein Massnahmenkritiker die Zürcher

SVP-Gesundheitsdirektorin mit Apfelschorle.

Wie der «Blick» publik machte, schickte die Stadtpolizei Zürich am 27. August 2021 die Sonderinheit Skorpion an den Leutschenbach, um SP-Bundesrat Alain Berset während seines Auftritts in der Sendung «Arena» zu schützen. In die gleiche Zeit fällt auch die Warnung des Nachrichtendienstes des Bundes vor Anschlägen auf Impfzentren.

## Bedrohungen nehmen zu

Die Pandemie hat in der Schweiz zu einer Verrohung der Sitten geführt. Wie aus einer Statistik des Bundesamtes für Polizei (Fedpol) hervorgeht, hat sich die Zahl der Bedrohungen von 246 im Jahr 2019 auf 1215 im Jahr 2021 vervielfacht. Auf Anfrage schreibt der Nachrichtendienst des Bundes, man stelle fest, dass ein Teil der Corona-Massnahmengegner Gewalttaten befürworte, fördere oder ausübe.

# Filmgesetz-Gegner prüfen Abstimmungsbeschwerde

Nach der «Arena» zur «Lex Netflix» nahm Alain Berset den Moderator ins Gebet. Es ging um eine falsche Grafik im Abstimmungsbüchlein.

Anja Burri

Bundesrat Alain Berset ist ein Meister des öffentlichen Auftritts. In der «Arena» im Fernsehen SRF zur «Lex Netflix» kam er am Freitag allerdings ins Schlingern. «Sie müssen mir erklären, was es bedeutet», sagte er zu Moderator Mario Grossniklaus und schaute ratlos auf die Videowand.

Was brachte den Bundesrat derart aus dem Konzept? Die Argumente für das neue Filmgesetz, das eine Zwangsabgabe für Streaminganbieter wie Netflix ans Schweizer Filmschaffen vorsieht, beherrschte er. Doch die «Arena»-Redaktion hatte im Vorfeld der Sendung recherchiert, dass der Bund eine fehlerhafte Grafik im Abstimmungsbüchlein veröffentlicht hat. Die Grafik gibt vor, dass fast alle europäischen Länder die Streamingdienste ebenfalls dazu verpflichten würden, einen Teil ihres Umsatzes in die einheimische Filmproduktion zu investieren. Gemäss «Arena»-

Recherchen stimmt dies so nicht, so sind etwa Schweden oder die Niederlande viel weniger streng.

Bundesrat Berset fühlte sich überrumpelt und bat die «Arena»-Redaktion nach der Sendung zu einem Gespräch. Anwesende sprachen von einem «Eklat». Betsers Kommunikationschef Peter Lauener sagt: «Bundesrat Berset hat festgehalten, dass es nicht möglich ist, in einer Live-Situation auf eine aufwendige Recherche in Sekundenbruchteilen zu reagieren, ohne die Möglichkeit gehabt zu haben, die Kritik sorgfältig zu prüfen. Journalistische Fairness geht anders.» Grossniklaus sagt, es sei ganz normal, dass es nach Live-Sendungen Gespräche mit Diskussionsteilnehmern gebe.

Die Gegner des Filmgesetzes prüfen nun, ob sie wegen des Fehlers eine Abstimmungsbeschwerde einreichen wollen, wie Matthias Müller vom Referendatskomitee sagt. Ein Entscheid falle nächste Woche. Die Bundeskanzlei schreibt, man habe für die Grafik Informationen einer Fachstelle des Europarates verwendet. «Um leserlich zu bleiben, mussten die Informationen vereinfacht werden.»

## Classe politique

**Antonio Hodgers**, Helikopter-Papa, gerät in ein Baby-Gate: Weil der grüne Genfer Regierungsrat ein Bild von sich, seiner Partnerin und seinem Söhnchen einer Zürcher Babykleider-Boutique für Werbezwecke zur Verfügung stellte, ist nun in Genf auf Social Media die Hölle los: Ein werbender Regierungsrat, das gehe gar nicht, kritisieren sogar Hodgers Parteikollegen. «Je ne regrette rien», kontert dieser auf Facebook. Immerhin: Die Babykleider, für die Hodgers wirbt, sind aus nachhaltiger Alpaka-Wolle. Das müsste die Grünen eigentlich besänftigen.

**Philippe Nantermod**, Fliegenfeind, regt sich über das Bundesgericht auf. Dieses hat ein kleines



Antonio Hodgers

Philippe Nantermod

Wasserkraftprojekt im Wallis gestoppt. Und zwar wegen einer seltenen Insektenart. Absurd, nervt sich FDP-Nationalrat Nantermod auf Twitter. Immerhin kann er den Lausanner Richtern nicht vorwerfen, aus einer Mücke einen Elefanten zu machen. Die Richter haben das Kraftwerkprojekt gestoppt, weil es die bedrohte Steinfliege *Leuctra schmidi* gefährde.

«Tüğ i dì, con amaranza, smètiga e basgiòléga, tand da destrégass quant da imbasgiaa insèma cat'coss et novento, cor vall, per er vall.»

Kauderwelsch? Nur wenn man nicht richtiginhört. Wir engagieren uns für eine belebte Bergwelt.

berghilfe.ch



Schweizer Berghilfe

